

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **184 (2018)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

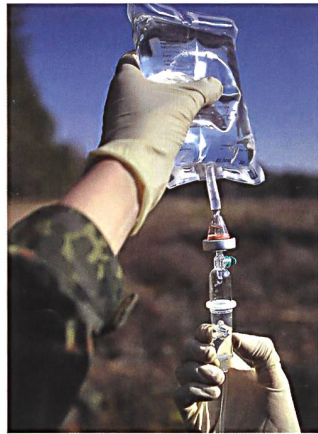
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Deutschland – Mehr Geld für die Bundeswehr

Die seit Jahren unterfinanzierte Bundeswehr von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen soll noch in der laufenden Legislatur 12 Milliarden Euro mehr bekommen. So zumindest die Forderung von der Leyens. Der Erhöhung sei nötig, um die aktuell beschlossenen Rüstungsprojekte zu realisieren. Finanzminister Scholz hingegen hält davon wenig. Er plädiert weiterhin für die von ihm geplanten 5,5 Mia. Euro bis ins Jahr 2021. Diese Zahl ist für die Verteidigungsministerin deutlich zu tief. Von der Leyen gibt sich



Am Tropf: Krisenpatient Bundeswehr. Bild: fb.com/Bundeswehr

zuversichtlich und erklärt bereits, dass «gemessen am gewaltigen Nachhol- und Modernisierungsbedarf der Bun-

deswehr die geplanten Zuwächse unzureichend sind». Um nun Druck auszuüben droht sie damit, «mindestens eines der verabredeten grossen internationalen Rüstungsprojekte» abzusagen. Das würde in der ersten Phase die in einer Kooperation mit Norwegen bei Thyssen-Krupp bestellten zwei neuen U-Boote betreffen. Von der norwegischen Firma Kongsberg würden dazu auch die Lenkwaffen geliefert. Erwähnenswert ist, dass derzeit sämtliche sechs Unterseeboote des 1. Ubootgeschwaders der deutschen Marine nicht einsatztauglich in ihren Docks oder in zeitintensiven Rezertifizierungstests stehen. In einer

zweiten Phase würde von der Leyen dann auf sechs neue C-130-Transportflugzeuge verzichten. Alles misst sich an den NATO-Vorgaben von 2% des nationalen BIP. Und obwohl Deutschland mit etwa 38 Milliarden Euro weltweit über den neuntgrößten Rüstungsetat verfügt, reicht wohl auch das nun von der Verteidigungsministerin beantragte Geld nicht. Der deutsche Bundeswehrverband geht nämlich davon aus, dass mindestens 15 Milliarden bis 2021 nötig sein werden, um den von «Ausrüstungsmängeln, Auftragsüberlastung und ungenügender Einsatztauglichkeit» gezeichneten «Bund» wieder auf Vordermann zu bringen.

Frankreich

Neue multinationale Eingreiftruppe

Bereits im September 2017 präsentierte der französische Präsident Emmanuel Macron seine Pläne für eine nicht an bestehende Bündnisse geknüpfte pan-europäische Eingreiftruppe. Diese sollte bis Ende dieses Jahrzehnts operativ sein. Bereits bestehen diverse ähnliche (taktische) Militäreinheiten in Europa, welche bislang aber noch nie in einem Konflikt eingesetzt wurden. Macron geht nun einen Schritt weiter und will seine geplante Interventionstruppe bereits ab Juni dieses Jahres bereit haben. Gespräche mit potentiellen Partnern haben stattgefunden, darunter Deutschland, die Niederlande, Grossbritannien und Dänemark. Aus dem Élysée wurde bekannt, dass die Eröffnungszermone in Paris stattfinden wird. Es geht offenbar darum, eine kleinere Gruppe von Ländern zusammenzubringen, die gemeinsame Analysen und Verfahren haben. Das würde dann auch die jeweiligen militäri-

schen Planungs- und Operationszentren einbinden, so diverse Quellen. Das erklärte Ziel ist es, mittels gebündelten militärischen Fähigkeiten und politischem Willen für Notfälle und Krisen gerüstet zu sein. Inwiefern Macron damit das Ende 2017 beschlossene europäische Prestigeprojekt der «Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit» (unter PESCO bekannt) konkurrenziert, ist noch nicht bekannt. Hohe französische Beamte monnieren aber, dass PESCO nicht kannibalisiert werden dürfe. Sicher ist hingegen, dass das

neue Projekt auch Drittstaaten und somit Nicht-EU-Mitgliedern offen stehen soll. Frankreich will damit zukünftige (aussereuropäische) Krisen besser vorhersehen können, vor allem aber nicht mehr alleine in Konflikten wie in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali intervenieren müssen. Der Zeitpunkt kurz vor dem Brexit schein gut gewählt zu sein: «Die zweitgrößte Armee der EU verlässt die Union, so dass dieses multilaterale Projekt Sinn macht», so ein Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums.



Bald auch ohne NATO: Hauptquartier des multinationalen «Corps de Réaction Rapide» in Lille. Bild: Ministère des Armées

Griechenland

Flüchtlingskrise ist zurück

Bis Anfangs Mai haben sich die Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten in Richtung Griechenland wieder verstärkt. Bereits wurden mehr als die Hälfte der Ankünfte des Jahres 2017 verzeichnet. Zudem sind es seit längerem nun wieder mehr Land- als Seeankünfte. Im April sind im griechischen Grenzort Evros 2900 Personen angekommen, vor allem syrische und irakische Familien. Das sind fünfmal mehr als noch im Februar dieses Jahres und durchschnittlich viermal so viele als wie im Monatsmittel des letzten Jahres. In Evros werden die meisten Neuankömmlinge in umliegende Polizeigefängnisse verteilt. Das etwa 50 Kilometer entfernte Empfangs- und Identifikationszentrum in Fylakio ist mit einer Kapazität von 240 Plätzen masslos überfüllt. Teilweise werden bis zu 400 Personen täglich aufgegriffen. Im Zentrum sind derzeit 120 unbegleitete oder von ihren Eltern getrennte Kinder unter-

gebracht. Seit Beginn des Jahres starben acht Personen beim Versuch, den griechisch-türkischen Grenzfluss Evros zu überqueren. Die griechische Verwaltung war auf diesen Anstieg nicht vorbereitet. Die türkischen Sicherheitskräfte auf der anderen Seite schauen offenbar weg und zwischen den beiden Ländern gibt es absolut keine Grenzkooperation. Im März wurden sogar zwei griechische Soldaten von den Türken verhaftet. Dies, als sie beim Festhalten von Immigranten irrtümlich die Grenze überschritten haben. Ein Besuch der UNO-Flüchtlingsorganisation UNHCR in der

Region brachte zu Tage, dass viele Flüchtlinge seit mehr als drei Monaten in Polizeigewahrsam sind und nicht in den regulären Asylprozess eingegliedert werden. Familien, schwangere Frauen und Kleinkinder und besonders vulnerable Personen, welche auf medizinische oder psychologische Betreuung angewiesen sind, würden in Gefängniszellen untergebracht und müssten auf dem Boden schlafen. In einem Gefängnis stünden für mehr als 500 Flüchtlinge nur ein Arzt und vier Krankenschwestern zur Verfügung. Dennoch wird die Landroute nach Europa offen-

bar wieder interessanter. Von den griechischen Inseln, wohin der gefährliche Weg übers Mittelmeer führt, schickt man



Grüne Grenze bei Evros.

die Flüchtlinge auf Grund des EU-Türkei-Flüchtlingsdeals in der Regel rasch wieder in türkisches Gebiet zurück.

Evros dürfte somit zum nächsten Hot-Spot werden. Besonders auch deswegen, weil selbst Mitarbeiter der staatlichen Organisationen in der Region den Identifikations- und Meldeprozess bemängeln. Es steht einfach viel zu wenig Personal zur Verfügung. Entsprechend geht die Regierung davon aus, dass demnächst eine grössere Krise auftreten wird. Denn die griechischen Lager sind voll und es ist für alle unklar, wohin die Flüchtlinge nach dem Verlassen der Grenzregion gehen sollen.

Syrien und Irak

Was bleibt nach dem IS?

Im ehemaligen Kernland des Islamischen Staates (IS) im nordöstlichen Syrien und dem angrenzenden Irak steht die in ihre Heimat zurückkehrende Bevölkerung vor einem neuen Problem. Wie Médecins sans Frontières (MSF) berichtet, erlitt die Mehrheit der derzeit in die lokalen Krankenhäuser eingelieferten Personen Verletzungen durch Landminen oder improvisierte Sprengladungen. Etwa die Hälfte der Betroffenen sind Kinder. «Landminen, Sprengfallen und andere improvisierte Sprengkörper werden auf Feldern, entlang von Strassen, auf den Dächern von Häusern und unter Treppen von ahnungslosen Familien gepflanzt», sagt ein Vertreter von MSF in Syrien. «Auch Haushaltsgegenstände wie Teekannen, Kissen, Kochtöpfe, Spielzeug, Klimageräte und Kühlschränke sollen explodieren, wenn Menschen nach Monaten oder Jahren der Vertreibung zum ersten Mal nach Hause zurückkehren». Allein aus Deir ez-Zor wurden infolge des Bürgerkrieges etwa 800 000 Menschen vertrieben, welche nun grösstenteils zu-



Irakische Minenräumer in Mosul.

rück wollen. Nur ist sich die Bevölkerung nicht der Risiken und Gefahren, welche auf sie wartet, bewusst. Die Sprengladungen wurden vom sich zurückziehenden IS absichtlich gelegt. Dabei geht es darum, den grösstmöglichen Schaden anzurichten. Das heisst, oft sind die selbstgebauten Sprengkörper in erster Linie dazu gedacht, Menschen nicht zu töten, sondern zu verstümmeln. Auf der anderen Seite der Grenze im Nordirak kommt dazu noch ein seit Jahren ungelöstes Landminenproblem. Bereits vor der Invasion der USA im Jahr 2003, das heisst noch während der Zeit des Iran-Irak-Krieges der 1980er Jahre waren die meisten Militärinstallationen und

Bild: Twitter @iraqi_day (inaktiv)

Geschützstellungen mit Panzer- und Antipersonenminengürteln gesichert. Nur vereinzelt wurden diese Landstriche von den Minen gesäubert, welche heutzutage deshalb nur sehr mühsam aufzuspüren sind. Minenkarten fehlen nach Krieg und Bürgerkrieg gänzlich. In der ehemaligen Daesh-Hochburg Mosul hat der IS dazu noch vor seiner Niederlage einen Abwehrring mit IED's (Improvised Explosive Devices/Sprengfallen) gelegt. Oftmals mit einfachsten Mitteln wurden beispielsweise Artilleriegeschosse durch Druckplatten zu Antipersonenminen umfunktioniert. Die Stadt wird Minenräumer aus diversen staatlichen, nichtstaatlichen und internationa-

len (Hilfs-)Organisationen für mindestens zwei Jahrzehnte beschäftigen. Wo ganze Stadtviertel durch jahrelanges Bombardement zerstört wurden, sind nun nebst nicht explodierten Bomben eben auch Sprengfallen das Problem. Koordiniert werden die Räumungsequipen vom United Nations Mine Action Service (UNMAS), welcher insgesamt elf UNO-Departemente, Agenturen und Programme im Bereich der Humanitären Minenräumung koordiniert. Am Beispiel der befreiten Stadt Mosul (Ost-Mosul seit Januar 2017 und West-Mosul seit November 2017) heisst dies, dass zusammen mit den Irakischen Sicherheitsorganen seit knapp einem Jahr mehr als eine halbe Million Blindgänger, wovon tausende IED's entschärft werden konnten. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres erklärte deshalb Anfang Mai unmissverständlich: «Ich fordere alle Regierungen auf, politische und finanzielle Unterstützung zu Gunsten der Humanitären Minenräumung zu leisten, damit Räumaktionen dort stattfinden können, wo sie am meisten gebraucht werden.»

USA / Lateinamerika

Trump, Lateinamerika und der Gipfel von Lima

Der 8. Amerika-Gipfel fand im April in Lima, Peru, unter dem Motto «Demokratische Regierungsführung gegen Korruption» statt. Der Gipfel endete mit einer Erklärung gegen die Korruption auf dem Doppelkontinent. Prävention und der Kampf gegen die Korruption seien fundamental für die Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaates, heisst es in der Erklärung von Lima, die von 34 Staaten Amerikas unterzeichnet wird.

Dabei wollen die Staaten gemeinsam und über die Grenzen hinweg gegen Geldwäsche in ihren Finanzsystemen vorgehen, Schmiergeldzahlungen verfolgen sowie die organisierte Kriminalität bekämpfen. Auch sagten die Staaten zu, in ihren lokalen Gesetzgebungen dafür zu sorgen, dass Unternehmen für Korruption verantwortlich gemacht werden können – und nicht nur die Beamten, Politiker oder Mitarbeiter, die dabei erwischt werden.

In Brasilien hat diese umfassende Haftpflicht für Unternehmen geholfen, einen der grössten Korruptionsskandale der lateinamerikanischen Wirtschaftsgeschichte aufzudecken, dessen Verflechtungen über den ganzen Kontinent für politische Skandale sorgen. Man sei bisher nicht besonders vorangekommen bei der Korruptionsbekämpfung, erklärte denn auch der peruanische Präsident Martin Vizcarra als

Gastgeber des Gipfels, der seit 24 Jahren alle drei Jahre stattfindet. Schon kurz nach dem ersten Treffen 1994 hatten sich die Staaten auf eine inter-amerikanische Initiative gegen Korruption geeinigt.

Ansonsten glänzte der Gipfel vor allem durch Abwesenheit: Nach der Absage von US-Präsident Donald Trump erst kurz vor Beginn der Konferenz hatte auch Kubas Präsident Raúl Castro seine Anreise wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit an der Spitze des karibischen Regimes abgesagt.

Nachdem Venezuelas autoritärer Präsident Nicolás Maduro vom Gipfel ausgeladen worden war, sagte auch Nicaraguas Staatsoberhaupt aus Solidarität seine Teilnahme ab. Dass Venezuelas Präsident sich am 20. Mai mit voraussichtlich manipulierten Wahlen an der Macht bestätigen lassen will – das kritisierten einige der versammelten Präsidenten deutlich, wie die Staatschefs Argentiniens, Chiles und Kolumbiens.

Doch zu einer einhelligen Verurteilung Maduros konnten sich die anwesenden Staaten jedoch nicht entschliessen. Präsidenten wie Evo Morales aus Bolivien, der selbst gerade in seinem Land versucht, eine vierte Amtszeit durchzusetzen, die von der Verfassung verboten ist, verteidigten Maduro. Zwar forderten die amerikanischen Staaten Transparenz und Rechtsstaatlichkeit in ihrer Region, doch sie vermieden es, Venezuelas Regime namentlich zu kritisieren.

Korea

Friede?

Nord- und Südkorea wollen gemeinsam an einer vollständigen nuklearen Abrüstung der Halbinsel arbeiten. Das erklärten die beiden Staatschefs Kim Jong Un und Moon Jae In als



Nordkoreas Staatschef Kim überschreitet die Demarkationslinie. Der südkoreanische Präsident Moon heisst ihn willkommen.

Ergebnis ihres Gipfeltreffens in der entmilitarisierten Zone Panmunjom.

Wie es in der gemeinsamen Erklärung weiter heisst, streben beide Seiten ein formelles Ende des bis heute offiziell noch geltenden Kriegszustandes an. Beide Staaten wollten ihre Armeen verkleinern, alle Feindseligkeiten gegen die andere Seite einstellen und die schwer bewaffnete Grenze zu einer «Friedenszone» umbauen.

Nach der Unterzeichnung umarmten sich beide Staatschefs. Moon sprach von einer «neuen Ära des Friedens». Konkret soll der nach dem Korea-Krieg (1950–1953) geschlossene Waffenstillstand bis Ende des Jahres zu einem Friedensvertrag ausgebaut wer-

den. Bald sollen alle feindlichen Aktivitäten «zu Land, zu Wasser und in der Luft» eingestellt werden. Dazu werde auch eine «Nicht-Angriffs-Vereinbarung» geschlossen.

Moon kündigte zudem an, Kim im Herbst in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang zu besuchen. Schon im Mai sollen die Militärführungen zusammenkommen. Auch sind wieder Familienzusammenführungen geplant. Moon sagte, es gebe kein Zurück mehr. Kim erklärte, Nord- und Südkorea seien Brüder, die nicht getrennt voneinander leben sollten.

Historischer Schritt über die Grenze

Es war der erste Korea-Gipfel für die beiden Staatschefs und nach 2000 und 2007 der dritte überhaupt. Eingeleitet wurde das Tauwetter durch Kim. Er hatte in seiner Neujahrsansprache angekündigt, eine Delegation zu den Winterspielen ins südkoreanische Pjeongchang zu schicken. Moon ergriff die Gelegenheit und rollte Kim den diplomatischen Teppich aus.

Am Morgen des 27. April kam es dann zu der historischen Begegnung. Kim überschritt als erster nordkoreanischer Machthaber überhaupt die Demarkationslinie. Spontan lud Kim den südkoreanischen Präsidenten ein, ebenfalls die Grenze zu überschreiten. Hand in Hand passierten sie ein zweites Mal die Grenze und zogen sich zu Verhandlungen zurück.

USA

Mikrowellen-Kanone stoppt Amokfahrer

Die US-Armee arbeitet an einer nicht tödlichen Strahlenwaffe, die Terrorangriffe mit Fahrzeugen stoppen soll. Im-

mer häufiger setzen Terroristen Fahrzeuge als Waffen ein. Sie rasen damit in Menschenmassen. Um solche Attacken zukünftig zu stoppen, entwickelt die US-Armee eine Mikrowellen-Strahlenkanone.

Diese heisst offiziell Radio Frequency Vehicle Stopper (RFVS). Sie schickt starke Mikrowellen aus. Diese stören die elektronischen Steuerungssysteme des Motors. Er wird in eine Art Boot-Schleife versetzt, ver-

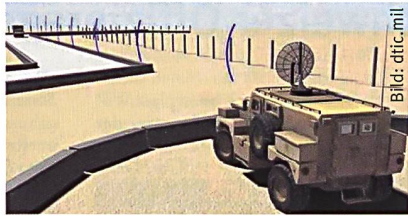
sucht sich also ständig neu zu starten. Dadurch bleibt das Auto stehen. Der Motor springt erst wieder an, wenn das RFVS abgeschaltet wird.

Die Mikrowellen werden auf verschiedenen Frequenzen

ausgesendet, damit die elektronischen Komponenten in möglichst vielen Fahrzeugen gestört werden. Das System soll in der Lage sein, PKW, Lieferwagen, LKW und auch Boote zu stoppen. Ähnliche Systeme werden bereits gegen Drohnen eingesetzt: Die Strahlen unterbrechen die Verbindung der Drohne zur Fernsteuerung und stören deren Systeme, damit diese abstürzt oder zur Landung gezwungen wird.

Die Mikrowellen-Kanone wurde ursprünglich für Strassensperren und Checkpoints der US-Armee entwickelt. Es gab mehrere Zwischenfälle im Irak und Afghanistan. Verwirrte Zivilisten reagierten nicht auf die Aufforderung zum Stoppen des Fahrzeugs, wurden deshalb für Selbstmordattentäter gehalten und beschossen. Mit dem RFVS können die Autos gefahrlos gestoppt werden, ohne das Fahrzeug zu beschädigen oder den Fahrer zu verletzen.

Vorteil dieses Systems ist, dass es eine höhere Stoppwir-



So stellt sich die US-Armee die fertige Mikrowellen-Kanone vor.

kung als andere Sicherheitsmassnahmen hat. Betonsperren bieten keinen ausreichenden Schutz, wie Tests gezeigt haben. Je nach Platzierung werden diese von LKW problemlos durchbrochen. Letale Waffen mit einer hohen Fahrzeugstoppwirkung stehen nicht immer zur Verfügung. Das gilt insbesondere für die Polizei, die Veranstaltungsorte bewacht.

Zudem besteht in Städten eine hohe Gefahr von Kollateralschäden, wenn vor dem Weihnachtsmarkt Raketenwerfer oder Maschinengewehre abgefeuert werden, um ein Fahrzeug zu stoppen. In den USA werden etwa Atomkraftwerke mit M134 Miniguns gegen Angriffe mit Fahrzeugen und Booten geschützt. Diese haben eine Kadenz von bis zu 6000 Schuss pro Minute.

Ukraine

Gut aufgerüstet

Im Zuge einer 47 Mio. USD starken Rüstungslieferung verfügt die Ukraine seit Mai über 210 Panzerabwehrraketen des Typs Javelin mit insgesamt 37 Werfersystemen. Diese wurden von den USA ins seit vier Jahren von Krieg geplagte Land geschickt, so eine Pressemitteilung des US-Aussenministeriums. Der ukrainischen Präsident Poroshenko zeigte sich auf Facebook sichtlich erfreut: «Ich bin aufrichtig dankbar für die faire Entscheidung von Donald Trump zur Unterstützung der Ukraine, zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Washington erfüllte nicht nur unsere gemeinsame Vereinba-

rung, es zeigte auch Führungsstärke und geht als wichtiges Beispiel voran.» Inwiefern die neuen Waffen im östlichen Grenzgebiet zum Einsatz gebracht werden, wird sich zeigen. Der russische stellvertretende Aussenminister Rjabkow meinte dazu nur kurz: «Die USA würden hier einen Krieg schüren». Seit 2015 haben die USA Material für etwa 750 Mio. USD in die Ukraine geliefert. Zum ersten Mal nun aber letale Waffen. Der seit 2014 andauernde Konflikt zwischen der Ukraine und von Russland unterstützten Separatisten hat gemäss der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in den letzten Monaten wieder zugenommen.

Blockfreie Staaten

Ministerkonferenz der Blockfreien Staaten in Aserbaidschan

Es gibt sie noch: Die Gruppen der Staaten, die weder zur NATO noch zum Warschauer Pakt gehören. Das sind die Blockfreien Staaten. In der Hauptstadt von Aserbaidschan am Kaspischen Meer hat die Ministerkonferenz der Bewegung der Blockfreien Staaten stattgefunden. 50 Aussenminister und insgesamt 800 politische und wirtschaftliche Vertreter der Mitgliedsländer nahmen an dem Treffen teil. Den Vorsitz hat gegenwärtig Venezuela inne.

Die Blockfreien-Bewegung umfasst heute mit 120 Mitgliedern eine Mehrheit von fast zwei Dritteln der in den Vereinten Nationen (UN) vertretenen Länder. Der Verbund wurde 1961 in der Ära der anti-kolonialen Befreiungsbewegungen von 28 Gründerstaaten mit der Idee ins Leben gerufen, dass sich die sogenannte Dritte Welt durch einen Zusammenschluss mehr Gewicht auf der internationalen Bühne verschaffen könnte. Doch die Geopolitik des Nordens reicht bis tief in den Süden: Auf dem jüngsten Treffen soll es zu heftigen internen Diskussionen und gegenseitigen Anschuldigungen gekommen sein, weil ein Teil der Kriege und bewaffneten Konflikte der Welt zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten oder Regionen stattfinden.

Gleichzeit stand das Motto «Einigkeit» auf dem Banner der viertägigen Zusammenkunft. Viele Ländervertreter beschworen immer wieder diese Grundvoraussetzung, um zu gemeinsamen Positionen und Forderungen im Weltkonzert der Mächte zu kommen. Den 800 Delegierten gelang es dann auch, über Differenzen hinweg den Dialog und den Verhandlungsgeist aufrechtzuerhalten.

In drei Arbeitsgruppen wurden zentrale Themen auf Weltenebene diskutiert: Internationale Politik, Weltwirtschaft und die sozialen Probleme der Welt.

Venezuelas Präsident Nicolas Maduro hatte bereits auf dem 17. Gipfeltreffen im September 2016 auf der venezolanischen Isla Margarita den Vorschlag gemacht, im UN-Sitz in New York ein repräsentatives Büro der Blockfreien einzurichten. Von hier aus könne die Kommunikation unter den Mitgliedern besser organisiert werden. Auch gemeinsame Beschlüsse könnten mit solch einer Infrastruktur reibungsloser in die Tat umgesetzt werden. Venezuelas Regierung rief nun erneut dazu auf, an diesem Projekt weiterzuarbeiten.

Der venezolanische Aussenminister Jorge Arreaza berichtete vor dem zweitgrössten Weltforum über «die schweren Aggressionen» seitens der USA und auch der Europäischen Union gegen sein Land. Die Sanktionen im internationalen Finanzbereich zielten darauf ab, den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen. Sie blockierten den Zahlungsverkehr und verhinderten so den Import von Medikamenten und Lebensmitteln, um anschliessend eine weltweite Medienkampagne über die Versorgungsnotlage zu inszenieren.

Auch der Vertreter Kubas, Vize-Aussenminister Abelardo Moreno, kritisierte die Sanktionspolitik scharf und legte die Lage der Karibikinsel dar. Die seit über 50 Jahren andauernde Wirtschafts-Handels- und Finanzblockade der USA behindere bis heute die Entwicklungsmöglichkeiten der kubanischen Wirtschaft schwer und habe einen Schaden von rund 82 Milliarden Dollar verursacht.

Pascal Kohler, Henrique Schneider